



Zwischen Gesetz und Evangelium – Überlegungen zu einer christlichen Flüchtlingsethik

Stephan Schaede

Zum Mitnehmen

- Christliche Hoffnung wendet sich entschieden gegen wirklichkeitsfremde Wunscherfüllungen. Politik muss die Arbeit für Flüchtlinge an realistischen Hoffnungen orientieren und dafür öffentlich werben.
- Eine Debatte über die politischen Ressourcen Deutschlands ist notwendig. Eckpunkte liegen in den herkunftsbedingten Stärken und Schwächen der flüchtenden Menschen einerseits und der unterschiedlich ausgeprägten Aufnahmekapazitäten der hiesigen Bevölkerung und ihres Sozialsystems andererseits.
- Bei seinem Handeln muss sich der Staat strikt am Recht und nicht ausschließlich am Affekt der Barmherzigkeit orientieren. Barmherzigkeit darf die Verlässlichkeit staatlichen Handelns nicht überwiegend beeinflussen.
- Gesellschaftliches Vertrauen beruht auf Verständigung, Information und Integration. Deswegen müssen Sprachkurse und Bildungsmaßnahmen verpflichtend sein.
- Nächstenliebe richtet sich auf die Situation der Hilfsbedürftigen, nicht auf die Person. Die Hilfsbereitschaft ist nicht vor Enttäuschung gefeit und muss Menschen loslassen können.
- Als Anwältin der christlichen Hoffnung kann Politik an Überzeugungen und Lebensstilen, an prägenden sprachlichen, kulturellen und emotionalen Vorstellungen arbeiten, die das Zusammenleben in Deutschland auszeichnen sollen.

INHALT

**2 | Keine christliche
Flüchtlingsethik**

**3 | Acht Bestimmun-
gen zur Orientierung**

**7 | Verständigung
über gemeinsame
Überzeugungen und
Lebensstile**

Keine christliche Flüchtlingsethik

Entgegen aller Intuition: Eine ausgearbeitete christliche Flüchtlingsethik gibt es nicht. Orientierung der Politik durch christliche Ethik kann schon deshalb nicht im hohen Ton daherkommen. Die Kirchen haben zur Flüchtlingsfrage bis vor kurzem nichts gesagt und die christliche Theologie nichts dazu zu sagen gehabt. Niemand suche in neueren Lehrbüchern christlicher Theologie das Stichwort „Flüchtlinge“. Noch 2010 setzte der gesellschaftspolitisch so ambitionierte zweite Ökumenische Kirchentag auf Heimat,¹ obgleich schon da die meisten der weltweit 50 bis 60 Millionen Menschen, von denen aktuell die Rede ist, auf Koffern gesessen haben dürften. Als im Jahr 2015 bereits die Flüchtlingslager im Libanon und Jordanien überquollen, erschien das höchst verdienstvolle „Handbuch der Evangelischen Ethik“ – und schwieg.² Es musste erst der Papst in Lampedusa auf die katastrophale Lage der Flüchtenden aufmerksam machen, damit sich über wenige einsame christliche Rufer in den Kirchen und der Politik hinaus Landesbischöfe und Erzbischöfe in reichlicher Zahl zu Wort meldeten und sich an den europäischen Grenzzäunen ein Bild machten. Immerhin: Die reformierte Theologie entdeckte Anfang 2016 konfessionell stolz die „kritische und weitsichtige Stimme“ reformierter Flüchtlingstheologie eines Johannes Calvin, die gegen Gesetzesverschärfungen angesichts von Flüchtlingsströmen revoltiert habe³, verschwieg aber zugleich, dass Calvin für Einwanderer, die das Falsche glaubten (z.B. der Antitrinitarier Servet), nur den Scheiterhaufen kannte. Pluralitätsfördernd war die entsprechende Flüchtlingsethik offenbar nicht.

Mit einiger Vorsicht also muss gehört werden, wenn gesagt wird: Den Kirchen sei „Flucht und Vertreibung ins Stammbuch geschrieben“⁴. Hinzu kommen störende Einseitigkeiten: Die Feinde der Flüchtenden werden eindeutig im Ankunftsland gesehen. Hier wird durchaus zur Feindesliebe und Fürbitte aufgerufen, auf „dass [Gott]“ den populistisch Verblendeten „einen Weg aus dem Hass zur Liebe“⁵ bahne. Dass aber gerade auch die Summe all jener, die kommen, im Zwielflicht menschlicher Zweideutigkeiten steht, wurde lange verschwiegen. Zudem blieben die Übergriffe in Köln erstaunlich lang unkommentiert – ein harter Mangel an Solidarität mit den Opfern dieser Übergriffe. Eine nüchterne Betrachtung zeigt: Auch unter den Flüchtende gibt es Menschen, die sich nicht nur als Freunde gegenüberstehen.

Dass Flüchtlingsströme soziale Spannungen auslösen können, ist nicht neu. Die einschlägige biblische Fluchtgeschichte namens „Auszug aus Ägypten“ in das gelobte Land umfasst auch deshalb so viele Kapitel, um vor Augen zu führen, wie prekär sich Flucht auf Verhalten der Flüchtenden auswirkt. Aus Ägypten zog keine Karawane glaubensgewisser einträchtig betender und handelnder Menschen aus. Vielmehr bahnte sich eine schwierige, verunsicherte soziale Gruppe den Weg durch die Wüste, in der Selbstgerechtigkeit, Mord und Totschlag sowie Misstrauen gegen religiöses Orientierungswissen herrschte (2.-5. Buch Mose). Das ist die Härte der Flucht. Die sollte nicht verschwiegen werden. Sie verschärft der Umstand, dass Kontroversen zwischen Flüchtenden im Ankunftsland Deutschland durch Kontroversen innerhalb des Migrantentextes die Spannungen vertiefen. Es dürfte deshalb in Zukunft darauf ankommen, Differenzen innerhalb der Flüchtlingsströme und Migrantentextes zu benennen, ihre Ursachen zu ergründen und im Zweifelsfall auszuhalten. Eine pluralitätsfähige Gesellschaft erweist nämlich ihre souveräne Pluralitätsfähigkeit gerade darin, Differenzen nicht zu verschweigen. Sie vermag Differenzen gerade dadurch zu bewältigen, dass sie sie aufdeckt, bearbeitet und unter Umständen dafür wirbt, sich in akzeptablen Grenzen an sie gewöhnen zu müssen.

Spannungen der
Flüchtlinge unter-
einander aufdecken
und bearbeiten

Acht Bestimmungen zur Orientierung

Der Wahrheit realistisch ins Auge sehen

Was kann aber dann christliche Ethik leisten? Es gilt die orientierende Funktion acht zentraler Bestimmungen des christlichen Ethos für die Politik auszuloten. Erstens: Das christliche Ethos zeichnet aus, sich vehement für das menschliche Leben zu interessieren. Das Christentum ist auf Lebensgewinn aus. Dabei ist zugleich klar, dass es um ein Leben geht, das einerseits faszinierende Zukunftsperspektiven hat, andererseits aber voller Abgründe und Widersprüche ist, die bewältigt werden müssen. Der Wahrheit über dieses Leben gilt es ins Auge zu sehen. Wer an Gott glaubt, muss sich über die Welt nichts vormachen. Anlass zu einer idealisierenden Verklärung derer, die da als Flüchtende ins Land kommen, besteht nicht. Es sind Bürgerkriegsflüchtlinge und zu einem guten Teil Armutflüchtlinge. Sie bilden keine homogene Gruppe. Sie verbindet das Ziel, in dem Land anzukommen, von dem sie sich über die sozialen Netzwerke und das Fernsehen ein Bild gemacht haben. Sie interessiert vorrangig Deutschland und seine sozialen Strukturen, höchst nachrangig die Deutschen. Diese Einstellungen sollten nicht übersehen oder verleugnet werden. Man schätzt, dass 80% der Flüchtenden junge Männer sind. Familienverbände, die genügend Geldmittel gesammelt haben, schicken Menschen als Vorhut vor. Die Ärmsten der Armen sind nicht auf der Flucht, weil ihnen zum Fliehen die Mittel fehlen. Die humanitäre Flüchtlingshilfe kann also – das muss klar sein – nicht der sogenannten Option für die Armen wirklich konsequent entsprechen. Hart formuliert: Geholfen wird in Deutschland gewiss Hilfsbedürftigen, jedoch nicht immer den Hilfsbedürftigsten, sondern den Stärkeren unter den migrierenden Menschen dieser Welt.

Flüchtlinge sind keine
homogene Gruppe.

Handeln im Vorletzten – Plädoyer für eine Phänomenologie endlicher politischer Ressourcen

Eine zweite zentrale Bestimmung des christlichen Ethos ist das ihm eingeschriebene Interesse an der Unterscheidung letzter von vorletzten Dingen. Nach Überzeugung des christlichen Glaubens leben wir in einer zwar versöhnten, aber noch nicht erlösten Welt. Das nötigt dazu diese Zeit der vorletzten von der Zeit der letzten Dinge zu unterscheiden. Politik trifft Entscheidung vorläufiger Natur. Bestenfalls kann sie mit der Endlichkeit dieser Welt versöhnen. Ihr Wirkungsgrad ist also endlich. Für die Flüchtlingsfragen muss deshalb eine politische Phänomenologie der Endlichkeit her – deutlich unterschieden von rechtspopulistischen Parolen. In ihr muss entlang der in den letzten Monaten gesammelten konkreten Erfahrungen die Endlichkeit der humanitären Fassungskraft und der endlichen politischen Ressourcen eines Landes beschrieben werden. Deutschland ist eine Region, die nicht wie einst Amerika Grund und Boden oder einfachste Arbeiten in großem Stil zu vergeben hat. Die Endlichkeit der deutschen Sozialsysteme muss Thema werden. Diese Systeme sind bislang dafür konzipiert, im nationalen Rahmen die sozialen Lasten der ortsansässigen Bevölkerung zu tragen. Auf die Kompensation sozialer Bedürfnisse internationaler Flüchtlingsströme sind sie nicht ausgelegt. Auch Bildungsinstitutionen verfügen über endliche Ressourcen. Sie müssen ausgebaut werden, aber dürfen nicht überdehnt werden.

Begrenztheit deutscher
Sozialsysteme und
Bildungsinstitutionen

Soziokulturell ist in einer Art Landkarte darzustellen, wo die Grenzen der Möglichkeiten der flüchtenden Menschen selbst in kultureller und herkunftsbedingter Hinsicht liegen wie auch die der heimischen Bevölkerung in ihrer kulturellen Offenheit. Diese sollte zugleich in eine Landkarte internationaler Migrationsströme integriert werden, um sich vor Augen zu führen: Selbst die große Flüchtlingswelle von 2015

Maßstäbe für Grenzen
der Solidarität im
internationalen Ver-
gleich

auf 2016 ist in Europa im Vergleich zu den Migrationslasten anderer Weltregionen vergleichsweise harmlos ausgefallen. Die Frage, die hier also beantwortet werden muss, lautet: Welche Migrationsströme sollten wir uns angesichts eines internationalen Vergleichs zutrauen? Wer hat hier den Mut, ein kluges Lob der Grenze zu formulieren, die einzuziehen Not tut. Einer Grenze, die kein unüberwindlicher Grenzzaun ist, sondern eine Prüfstation, an der sich zeigen muss, wer mit guten Gründen über das vom Rechtsstaat garantierte Maß hinaus mit einer erhöhten Solidarität der Bewohner und Bewohnerinnen innerhalb des entsprechenden Gebietes rechnen darf und soll. Eine solche Beschreibung der Endlichkeit wird sich deshalb nicht in der Feststellung all dessen ergehen, was nun einmal nicht zu machen sei, weil das Vorletzte vom Letzten herausgefordert bleibt. Darauf ist unter der achten zentralen Bestimmung, nämlich der der Hoffnung zurück zu kommen.

Kluger Zuspruch und beherzter Anspruch – Politik im Spannungsfeld von Gesetz und Evangelium

Zwischen Anspruch
Gottes und konkretem
politischen Handeln

Eine dritte zentrale Bestimmung liegt in der Unterscheidung von Evangelium und Gesetz. Das Evangelium hat die Form eines Zuspruches Gottes für den Menschen. Das Gesetz aber kann als der sinnvolle Katalog von Geboten und Forderungen begriffen werden, die als Anspruch Gottes an einen kultivierten menschlichen Umgang angelegt werden müssen (Karl Barth). Diese Unterscheidung kann weltlich gewendet an politisches Handeln angelegt werden. Das führt zu folgenden Fragen im Blick auf die Flüchtlingsströme: Welcher sinnvolle politische Zuspruch in Gestalt realistischer Ansagen und Versprechen lässt sich formulieren? Welcher Anspruch in Gestalt von reglementierenden allgemeinen politischen Regeln und Entschlüssen tut Not? Wie im christlichen Glauben auch, kommt alles auf eine gute dialektische Spannung zwischen „Gesetz“ und „Evangelium“, zwischen Zuspruch und Anspruch an. Reines Evangelium kann schwärmerisch ausgelegt werden und zu der Annahme führen, dass politische Prozesse paradiesische Verhältnisse einläuten könnten. Zu viel „Gesetz“, zu viel Reglementierung bremst dynamische Prozesse aus und gängelt das Leben, wo es sich produktiver entfalten könnte. Die deutsche Bevölkerung ist in gewisser Weise von den politischen und administrativen Gestaltungskräften an den Maßstab der sozialen Gerechtigkeit gewöhnt: Der deutsche Staat wird mitunter als „Glückenstaat“⁶ empfunden. Ihm wird vorgeworfen, sich zu sehr um „die Menschen“ in Deutschland zu sorgen, statt an ihre Eigeninitiative und Verantwortung zu appellieren. Die Formel der Bundeskanzlerin „Wir schaffen das!“ klingt nach zu viel „Evangelium“, nach einem beschwichtigenden Zuspruch, der eklatante Schwierigkeiten überspielt. Genauer besehen stimmt das nicht: Diese Wendung, die politisch viel riskiert hat, hält durchaus die Spannung zwischen Zuspruch und Anspruch. Sie formuliert einen starken, anspruchsvollen Appell und artikuliert einen Zuspruch und ein Zutrauen in die Leistungskraft der Bevölkerung im Rahmen von Gesetz und Anspruch.⁷ Der darin enthaltene erhebliche Anspruch nicht nur an den Staat, sondern an ehrenamtliche und hauptamtliche Bürgerinnen und Bürger wird mit einem elementaren Zuspruch für all jene verknüpft, die flüchten.

Unterscheidung von
Maßnahmen bei
Arbeitsmigration und
Armutsmigration

Anders der Appell, endlich Obergrenzen einzuführen. In einer produktiven Spannung von Gesetz und Evangelium haben Obergrenzen – abstrakt in den Raum gestellt – keinen Ort. Es gilt die Fälle zu unterscheiden. Ohne den Überblick über alle Aufenthaltstitel zu haben, die es aktuell in Deutschland gibt, ist wohl immer noch richtig zu sagen: Im Blick auf Flüchtende gilt zunächst einmal die Genfer Konvention und nicht eine in welcher Höhe auch immer gegriffene Obergrenze. Jenseits dieser Konvention darf es nicht verboten sein, sich dafür zu interessieren, wer eigentlich einwandert. Handelt es sich um Arbeitsmigranten, hat Deutschland das gute Recht, nach gut informierter Sichtung der Lage, Zahlen und Kategorien

festzulegen. Und Deutschland sollte auch den Mut dazu haben, dies zu tun. Da es gilt, nicht nur Menschen physisch zu retten oder ihnen zu helfen, sondern Menschen mit Lebensbiographien belastbare Lebensperspektiven zu bieten, dürfte Armutsmigranten andernorts, mit den Mitteln einer intelligenten Entwicklungspolitik besser geholfen sein als in Deutschland selbst. Am besten wohl dort, wo sie kulturell verwurzelt sind.

Menschenwürde als kritisches Gegenüber von ethischem Rat und politischem Handeln

Eine vierte zentrale Bestimmung des christlichen Ethos liegt in der Rede von der Würde des Menschen. Es wird darauf hingewiesen, dass alle Menschen als Gottes Geschöpfe gleiche Würde haben. Daraus wird gefolgert, dass die Grenzen offen zu halten und die Menschen willkommen zu heißen seien. Es sei einmal hintan gestellt, dass die zentrale Rede von der Würde des Menschen in der neueren Theologie ein echter Spätankömmling ist. Entscheidend ist hier jedoch zu realisieren: Menschenwürde hat in der christlichen Ethik programmatischen Orientierungscharakter. Ethische Argumentationen müssen sich an Menschenwürde messen lassen und vor dem Anspruch der gleichen Würde aller Menschen rechtfertigen. Sie können aber nicht unmittelbar aus der Menschenwürde hergeleitet werden. Entsprechend kann auch kein Politiker, kein Ethiker behaupten, mit seiner politischen Option, mit seinem Rat die Menschenwürde gewiss auf seiner Seite zu haben. Denn Menschenwürde bleibt christlich gesehen für alle, die Rat geben oder politisch entscheiden, ein anspruchsvoller Maßstab. In einer so komplex anspruchsvollen Konstellation wie der Flüchtlingsfrage kann jedwede politische Option oder ethischer Rat der Würde derer, die es betrifft, bestenfalls nur näherungsweise gerecht werden. Politik soll also und kann ihr Handeln vor dem Anspruch von Menschenwürde verantworten. Sie kann aber niemals die Forderungen der Menschenwürde einlösen. Wobei auch klar sein muss: Die Würde der Flüchtenden wird nicht dadurch angetastet, dass sich Deutschland von ihnen ökonomischen Profit in Gestalt von potentiellen Arbeitskräften erhofft.⁸ Und die Würde der in Deutschland ansässigen Bevölkerung bewährt sich nicht erst darin, dass Menschen ununterbrochen für andere da sind und sich für diese aufopfern.

Barmherzigkeit als zentrale Bestimmung für politisches Handeln?

Hier kommt eine fünfte zentrale Bestimmung des christlichen Ethos in den Blick, die Barmherzigkeit. Barmherzigkeit ist, von niemand so eindringlich in Spiel gebracht worden wie von der mittelalterlichen franziskanischen Tradition, ein Mitgefühl (compassio), das dem Ausdruck zufolge darin besteht, ein Herz für die Armen und Elenden zu haben. Dieses Mitgefühl ist einseitig und erwartet keine Gegenleistung. Nur Gott ist in der Lage ein Höchstmaß von Barmherzigkeit mit einem Höchstmaß an Gerechtigkeit zu vereinbaren (Anselm von Canterbury). Gleiches kann von einem noch so freiheitlich orientierten Rechtsstaat nicht behauptet werden. Weniger, weil er kein Herz haben kann. Mehr deshalb, weil er nichts zu geben vermag, was er nicht zuvor von anderen genommen hat. Dies gilt gerade auch für die sozialstaatlichen Institutionen. Der Staat muss für möglichst plausible und einheitliche Regelungen Sorge tragen. Das wurde medial in fahrlässiger Weise ignoriert, als der Bundeskanzlerin zugemutet wurde, auf das Einzelschicksal eines von der Ausweisung bedrohten Kindes in einer Talkshow zu reagieren. Eine Bundeskanzlerin hat qua Amt Vernunft walten und nicht Gnade vor Recht ergehen zu lassen, so sehr sie als Person das Schicksal dieses Kindes anrühren mag. Ein Rechtsstaat darf nicht nach „barmherziger Gutsherrenart“ regiert werden. Es gehört zur weltlichen Endlichkeit eines Staates und seiner Repräsentanten dies eben nicht tun zu können.

Menschenwürde hat in der christlichen Ethik programmatischen Orientierungscharakter.

Der Staat muss für möglichst plausible und einheitliche Regelungen Sorge tragen.

Glaube als vertrauensbildende Kraft in dieser Welt

Für einen christlichen Ethos ist sechstens zentral eine Orientierung am Glauben als einer spezifischen Form des Vertrauens und wechselseitiger Anerkennung. Vertrauen ist kein Verzicht auf Information. Es ist vielmehr eine besondere Form der Informiertheit über Lebensprozesse. Vertrauen als Sozialvertrauen ist dann jene Kraft, die eine „lebendige (...) Zivilgesellschaft und eine (...) funktionierende Demokratie“ auszeichnet.⁹ Die Menschen, die kommen, finden einen Ort und können Lebensperspektiven – gegebenenfalls auch auf Zeit entwickeln. In der Spannung von Gesetz und Evangelium gilt nun weder der reine Vertrauensvorschuss, noch die klassische Formel „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“. Vielmehr gilt es eine Politik nach dem Motto zu etablieren: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist auch gut!“ Das durch Informationen unterlegte Vertrauen ist auf sprachliche Verständigung angewiesen. Insofern ist die verpflichtende Teilnahme an Sprachkursen – und warum nicht auch die bindende Verpflichtung an Bildungsmaßnahmen – die mindeste Erwartung an Flüchtende, um Vertrauen fassen zu können. Darauf zu bestehen ist nicht integrativ übergriffig, sondern geboten, weil es sonst zu lebensfeindlichen Entfremdungen inmitten desselben Landes kommen muss. Gerade im Blick auf die immigrierten jungen Männer, die nicht mehr in Schulbildung, noch nicht in Ausbildung sind und bei hoher Ungeduld und Langeweile anfällig für fundamentale Attraktionen sind, sind unkonventionelle und griffige Bildungs- und so vertrauensbildende Maßnahmen angezeigt.

Vertrauen durch
Sprach- und Bildungs-
kurse aufbauen

Enttäuschungsresistent helfen – Nächstenliebe jenseits von Empathie und Antipathie

Als siebte Bestimmung des christlichen Ethos muss die Nächstenliebe aufgerufen werden. Mit Recht haben christliche Stellungnahmen diese Bestimmung ins Zentrum gerückt. Nächstenliebe zeichnet christlich verstanden ein „Pflicht und Recht gegenüber dem Nächsten“¹⁰ aus. Darin unterscheidet sie sich von einem romantischen Verständnis der Liebe, die auf wechselseitige sinnliche und geistige Attraktivität angelegt ist. Die romantische Liebe initiiert die geliebte Person mit ihrer ganz persönlichen Ausstrahlung. Nächstenliebe hingegen ist nicht auf eine bestimmte Person aus, weil diese attraktiv ist. Sie kann einem Individuum in vielen Menschen begegnen. Denn es ist nicht die Individualität einer Person, sondern die Situation, die sie zu einem Nächsten macht, eben im Falle von Flüchtenden deren Angewiesenheit auf Hilfe. In der christlichen Tradition ist deshalb von einem „Geist der Liebe“ (1. Timotheus 1,7) die Rede.¹¹ Nächstenliebe so verstanden ist gerade unabhängig von persönlichen Empathien oder Antipathien. Gerade dadurch wird die Liebe zu einer lebensklugen Kraft und ist, wie schon im Alten Testament dokumentiert¹², in der Lage auch Feinde zu lieben und auf „Entfeindung des Feindes“¹³ aus zu sein. Sie kann Menschen, die auf Zeit zu Nächsten geworden sind, ohne jede Enttäuschung wieder ziehen lassen.

Nächstenliebe reagiert
auf die Situation,
nicht auf die Person.

Nächstenliebe muss nun als diese unsentimentale Kraft in einer dialektischen Spannung praktiziert werden. Einerseits gilt: Jeder Mensch, der in unseren Lebenszusammenhang eintritt, ist unser Nächster. Es sind da keine Unterschiede zu machen zwischen Kindern, besonders alten Menschen, jungen Erwachsenen, Frauen oder Männern. Auch verbietet es sich Unterschiede zu machen zwischen Angehörigen unterschiedlicher Religionen, seien es Christen, Muslime oder Yeziden. Entsprechend ist den international agierenden christlichen Hilfswerken in ihre Satzungen eingeschrieben, jedweden Menschen zu helfen und nicht Christinnen und Christen mit Vorrang zu behandeln. Andererseits gilt: Die Nächstenliebe im Sinne der oben eingepägten Unterscheidung der letzten und vorletzten Dinge beschränken.¹⁴ Hier

Ambivalente Wirkung
eines besonderen Ein-
satzes für Christen

Grenzen zu setzen ist nicht lieblos, sondern erkennt an, eben Mensch und nicht Gott zu sein. Wenn Christinnen und Christen sich für bedrohte Christen in den Krisengebieten besonders engagieren, dann ist das Ausdruck einer spezifischen Bruder- und Schwesterliebe.¹⁵ Solche Solidarität ist wichtig, muss aber in ihren politischen Auswirkungen klug bedacht werden. Christliche Syrerinnen und Syrer haben nicht genug betont, dass eine bevorzugte Behandlung und etwa die Kontingentierung spezifisch christlicher Einreiseerlaubnisse fatale Folgen in den Herkunftsregionen und Flüchtlingslagern haben. Sie führt dazu, dass Christen noch stärker als ohnehin schon aus der Region herausgehängt werden.¹⁶

Politik als Anwältin realistischer Hoffnungen

Christliche Hoffnung
richtet sich nicht auf
die Erfüllung bestimm-
ter Erwartungen.

Als achte zentrale Bestimmung des christlichen Ethos kann die Hoffnung in den Blick kommen. Christliche Hoffnung ist der Gegner persönlicher Wunscherfüllungen und unrealistischer Glücksversprechen. Sie ist zwar anspruchsvoll im Blick auf die Erwartung letzter Dinge. Im Blick auf die Zukunftsperspektiven dieser Welt hingegen ist sie nicht festgelegt auf die Erfüllung bestimmter Erwartungen. Das macht sie enttäuschungsresistent. Erhofft werden nicht bestimmte innerweltliche Zustände, schon gar nicht das Reich Gottes auf Erden, sondern solche, die realistischerweise möglich sind. In diesem Sinne ist Hoffnung eine Energie, die mit Leidenschaft an der Verbesserung der weltlichen Zustände interessiert ist¹⁷ und so die Motivationskraft einer aus christlicher Haltung heraus bestimmten Politik schlechthin. Sie hat die Energie offen zu sein für unterschiedliche Formen der Hoffnungen, die Flüchtlinge neu für sich entwickeln. Hoffnungen auf Rückkehr, Hoffnung auf Zeit für eine Phase des Lebens in Europa, Hoffnungen auf Zuzug von Familien, wenn den Familien ein Überleben woanders verweigert wird. Wohnen am fremden Ort folgt keinen behördlichen Logiken, sondern der Sogkraft sozialer Anziehungspunkte. Politik hat dabei die anspruchsvolle Aufgabe, die Arbeit der für die Flüchtlinge zuständigen Institutionen an realistischen Hoffnungen zu orientieren und als Anwältin solch realistischer Hoffnungen öffentlich einzutreten.

Verständigung über gemeinsame Überzeugungen und Lebensstile

Verständigungsprozesse
über Grundkon-
sente brauchen Zeit.

Gesamtgesellschaftlich darf die Hoffnung die Kontur haben, gemeinsam an einem Arrangement von Überzeugungen und Lebensstilen, an prägenden sprachlichen, kulturellen und emotionalen Bestimmtheiten zu arbeiten, die das Zusammenleben in Deutschland in Zukunft auszeichnen sollen. Dieses Zusammenleben ist vielfältig, aber in seiner Vielfalt nicht beliebig erweiterbar. In Deutschland darf es keinen Raum für Antisemitismus, für Fremdenfeindlichkeit, für Diskriminierung von Frauen oder für Homophobie geben. Deswegen ist jüngst durchaus mit Recht dafür geworben worden, an einem neuen Deutschsein, an kultureller Vielfalt, zu arbeiten. Deutschland steht vor der faszinierenden Aufgabe in neuer Weise im Werden zu sein. Die damit verknüpften Verständigungsprozesse brauchen Zeit. Dabei muss bei den Geflüchteten für eine kulturelle Offenheit und das Zusammenleben in Deutschland mit Deutschen und gegebenenfalls als Deutsche geworben werden.

Wie wecken wir aber das Interesse, das von analphabetischen Hirten und Bauern aus ländlichen Regionen bis zu hochqualifizierten Akademikern reichen müsste? Sicher auch, indem wir nicht mit dem hinter dem Berg halten, was Deutschland attraktiv macht. Deutschland besticht dadurch, dass es immer noch ein religionsfreundliches, nicht laizistisches Land ist, in dem religiöse Zentralbestimmungen wie die oben genannten, von Politikern und Politikerinnen Ernst genommen werden. Deutschland ist ein Land, das durch die Abgründe des Nationalsozialismus hindurch

Deutschland zum
„Solidaritätsgenera-
tor“ entwickeln, den
feste Regeln prägen.

Phasen der relativen Übereinstimmung von Volk, ethnischer Herkunft und Religion hinter sich gelassen hat. National aufgeladene Religiosität kann gefährlich werden. Sie widerspricht den weltläufigen Ambitionen eines christlichen Selbstverständnisses (Matthäus 28,18-20). Nation ist aber auch nach christlichem Verständnis ein Konzept, das „Solidarität und gegenseitige Hilfsbereitschaft“ mobilisiert¹⁸ und dies auch durchaus emotional tun darf, weil solche Solidarisierungen der Endlichkeit des Menschen wohl eher entsprechen als eine durchrationalisierte, allein auf Staat und Gesellschaft setzende Konzeption. Es kommt darauf an, die Nation zu einem „Solidaritätsgenerator Nation“¹⁹ zu kultivieren, der im Sinne des Leitgedankens der Nächstenliebe in der Lage ist, ohne Aversionen gegen sich selbst, friedensstiftend zu wirken und dies mit europäischer Ambition, damit sich im Abendland Menschen mit Ursprüngen aus Abend- und Morgenland jenseits von Nachtgedanken zunehmend heiterer „Guten Tag“ sagen.

1| Vgl. www.oekt.de; www.kirche-und-heimat.de/de/oekt2010.html.

2| Vgl. *Handbuch der Evangelischen Ethik*, hg. von Wolfgang Huber u.a., München 2015, S. 7f.

3| Vgl. Achim Detmers, *Calvins ‚Flüchtlingstheologie‘*, www.calvin09.de/5204-0-105-15.html.

4| Vgl. Thomas Söding, *Enge Tür Feindesliebe gilt auch gegenüber den Feinden der Flüchtlinge*, *Zeitzeichen* 12/2015, S. 8. - Dafür wird sich auf den Anfang des 1. Petrusbriefes berufen, der sich in der Tat an die „Fremdlinge“ richtet, „die verstreut wohnen“ (1. Petrus 1,1). Das ist aber nur ein Brief von vielen. Die Gemeinden zu Rom, zu Korinth, in Galatien und Thessaloniki, an die der Apostel schrieb, waren klein. Von Fremden ist dort nicht die Rede.

5| Vgl. Söding, a.a.O., S. 11.

6| Vgl. Meinhard Miegel, *Hybris. Die überforderte Gesellschaft*, Berlin 2015, S. 107.

7| Dass es zu eklatanten Problemen bei der Registrierung von Flüchtenden gekommen ist, lag nicht in der politischen Kalkulation der Wendung „Wir schaffen das!“.

8| Vgl. Immanuel Kant, *Grundlegung zur Metaphysik der Sitten*, 1785, Akademieausgabe, Bd. 4, Berlin 1911, S. 434.

9| Herfried Münkler/Marina Münkler, *Die neuen Deutschen. Ein Land vor seiner Zukunft*, Berlin 2016, S. 72.

10| Vgl. Martin Kähler, *Die Wissenschaft der christlichen Lehre*, Leipzig 3. Aufl. 1905, S. 599.

11| Vgl. Johannes Fischer u.a., *Grundkurs der Ethik. Grundbegriffe philosophischer und theologischer Ethik*, Stuttgart 2007, S. 217.

12| Vgl. Exodus 23,4; Jesaja 66,5; Sacharja 7,9f., Sprüche 24,17 und Sprüche 25, 20.

13| Pinchas Lapide, *Wie liebt man seine Feinde?*, in: Albrecht Lohrbächer u.a. (Hrsg.): *Was Christen vom Judentum lernen können. Anstöße, Materialien, Entwürfe*. Stuttgart 2006, S. 173.

14| Vgl. Kähler, a.a.O., S. 599f.

15| Vgl. Johannes 15,10.15.

16| *Eindringlich vorgetragen während drei geschlossenen Syrienkonferenzen in Loccum von Bischof Ar-mash Nalbandian, Michal Schammas, Michele Shewaro, Najib Awad, Bischof Elias Toumeh u.a.*

17| Vgl. Fischer, a.a.O., S. 322.

18| Vgl. Herfried Münkler/Marina Münkler, *Die neuen Deutschen. Ein Land vor seiner Zukunft*, Berlin 2016, S. 290.

19| Vgl. Münkler/Münkler, *ebd.*

Der Autor

Dr. Stephan Schaede, Pfarrer, evangelischer Theologe und Philosoph, ist Direktor der Evangelischen Akademie Loccum.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Ansprechpartner:

Dr. Karlies Abmeier

Leiterin Team Religions-, Integrations- und Familienpolitik

Hauptabteilung Politik und Beratung

Telefon: +49(0)30/26996-3374

E-Mail: karlies.abmeier@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

ISBN 978-3-95721-283-2

www.kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE (abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>)

Bildvermerk Titelseite
© Riko Best/fotolia.com